

Anfragen zum Plenum in der 26. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Flüchtende wurden von der Bayerischen Polizei bzw. der Bundespolizei (falls bekannt) in den Jahren seit 2015 an den Grenzübergängen Lieferung/Rott/Freilassing und Hochburg-Ach/Burghausen (Salzachbrücke) und Braunau am Inn/Simbach am Inn aufgegriffen bzw. zurückgewiesen (bitte nach Jahren und Zahlen aufschlüsseln), wie viele Mannstunden wurden von der Bayerischen Polizei zur Grenzkontrolle bzw. Schleierfahndung in diesem Bereich seitdem jährlich verwendet und wie bewertet die Staatsregierung diese Zahlen?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Nachdem es sich bei dem gewalttätigen Asylbewerber aus Eritrea, der in Ottobrunn eine Ärztin schwer verletzte, wieder um einen wegen mehrerer Körperverletzungsdelikte polizeibekanntem Mehrfachtäter handelt und der Staatsminister des Innern und für Integration, Joachim Herrmann, ankündigte, die schnelle Abschiebung zu prüfen, frage ich die Staatsregierung, wie viele Asylbewerberinnen und -bewerber sich derzeit in Bayern befinden, die bereits wegen mindestens einem Körperverletzungsdelikt aufgefallen sind, bei wie vielen davon das Staatsministerium des Innern und für Integration eine Abschiebung anstrebt und wie viele 2017 wegen eines Körperverletzungsdelikts aus Bayern abgeschoben werden konnten?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie erklärt sie sich den kontradiktorischen Umstand, dass der damalige Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, noch im November 2017 die Zuständigkeit von Abschiebungen von den Bundesländern auf den Bund übertragen wollte und Ministerpräsident Dr. Markus Söder hingegen nun mit seinem „Asylkonzept“ die bereits existierende Zuständigkeit Bayerns für Abschiebungen untermauert, wie verteilen sich die Abschiebungen Bayerns seit 2015 auf die bayerischen Regierungsbezirke, Landkreise und kreisfreien Städte (bitte nach Jahren und den genannten Gebietskörperschaften aufschlüsseln), und wie erklärt die Staatsregierung die seit Jahren sehr großen Unterschiede bei der Rückführungspraxis in den bayerischen Regionen?

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was haben die Sanierungsmaßnahmen an den Toilettenanlagen in der Polizeiinspektion Bayreuth-Stadt bisher gekostet, welche Finanzmittel sind für die weiteren Maßnahmen noch übrig und wann genau werden diese umgesetzt?

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass vor einiger Zeit die Firma ceus consulting aus Köln im Rahmen ihres Auftrags bzw. ihrer Tätigkeit im Bezirkskrankenhaus (BKH) Straubing ohne Zustimmung von Patientinnen und Patienten auf deren Patientendaten zugegriffen hat, betrifft dieses Vorgehen auch Patientinnen und Patienten, die in der Forensik des BKH Straubing untergebracht sind und wie ist die Rechtsauffassung der Staatsregierung mit gegebenenfalls rechtlichen Konsequenzen zu diesem Vorgehen?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum bekommen Pflegekinder, die alle gesetzlichen Kriterien (Altersgruppe etc.) erfüllen, das Bayerische Familiengeld in Höhe von 250 Euro pro Monat ab September 2018 nicht gewährt (es sind Kinder, die bereits durch das Schicksal einen Nachteil erfahren haben und durch die Staatsregierung durch Ausschluss nochmals zusätzlich benachteiligt werden), plant die Staatsregierung unter Berücksichtigung der Chancengleichheit ab 2018 das Pflegegeld auf die Höhe des Familiengelds in Höhe von 250 Euro/Monat zu erhöhen (damit bekommen auch Pflegekinder die besten und gleichen Startchancen) oder wie will sie die Chancengleichheit aller Kinder gleicher Altersgruppen herstellen und damit auch die Erziehungsleistung der Pflegeeltern anerkennen und wertschätzen?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob im Zuge der zum 31.12.2018 nötigen Überprüfung und Anpassung der Förderrichtlinien für die regionale und überregionale Offene Behindertenarbeit (OBA) eine Anpassung der Förderpauschalen für den Ausbau und die Verbesserung der Angebote geplant ist, welche Gründe die Staatsregierung dafür anführen kann, dass die Versorgungsquote seit 2008 nicht erhöht worden ist und ob nun eine Anpassung der Förderung der Personalkosten der OBA-Träger durch den Freistaat Bayern vorgesehen ist?

Ilona Deckwerth
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist die Quote an Beschäftigten mit Behinderung in Unternehmen und Betrieben, an denen der Freistaat Bayern beteiligt ist, wie hoch in anderen Unternehmen des öffentlichen Bereichs und wie hoch ist sie in den Staatsministerien?

Dr. Sepp Dürr
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wer bzw. welche Abteilungen und Referate ist/sind in welchen Staatsministerien für die Kultur- und Kreativwirtschaft zuständig und wie ist zwischen den beteiligten Staatsministerien die Kooperation und Zusammenarbeit geregelt?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche allgemeinen Informationen über Zusagen (auch vertraglicher Art) der Bundesregierung gegenüber der EU bezüglich des europäischen Netzausbaus und welche

konkreten Informationen zum Korridor SuedLink hat die Staatsregierung, zum Beispiel in der Form, dass die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung unter allen Umständen oder unter bestimmten Voraussetzungen die Stromtrassen quer durch Deutschland und durch Bayern im Sinne einer gesicherten europäischen Energieversorgung beibehalten will und welche Bedeutung hat das in der Projektliste mit gemeinschaftlichem Interesse der Europäischen Kommission aufgeführte Projekt „SuedLink – The North-South German Interconnector Corridor: North-South electricity interconnections in Western Europe“, in dem explizit Grafenrheinfeld und Großgartach genannt werden für die Wahlfreiheit Deutschlands und Bayerns, die HGÜ-Leitung (HGÜ = Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung) SuedLink insgesamt, sowie Korridore und Trassen durch ein umfassendes, dezentrales und regionales Energieversorgungskonzept obsolet zu machen?

Martina Fehlner
(SPD)

Nachdem das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, Regionalabteilung Nord, im Schreiben (Gz:VM 4042-6.8) darauf hinweist, dass die Tätigkeiten von Feldgeschworenen nicht zu den steuerbegünstigten Zwecken der Steuerbefreiung nach § 3 Kraftfahrzeugsteuergesetz (KraftStG) gehören und somit die Verwendung von steuerbefreiten Fahrzeugen bei der Ausübung der Tätigkeiten der Feldgeschworenen den Tatbestand der Steuerhinterziehung verwirkliche, frage ich die Staatsregierung, ob es eine Dienstanweisung an Polizeibeamtinnen und -beamte in Bayern gibt, Feldgeschworene und deren Fahrzeuge auf Verstöße gegen § 3 KraftStG zu kontrollieren und in wie vielen Fällen ist es in den vergangenen Jahren zu staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren gekommen, die mit einer Verurteilung der Beschuldigten beendet wurden?

Günther Felbinger
(fraktionslos)

Ich frage die Staatsregierung, wie stellt sich der aktuelle Sachstand bezüglich der vom Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales angekündigten Weiterentwicklung des JaS-Förderprogramms (JaS = Jugendsozialarbeit an Schulen) dar, welche Änderungen oder Konkretisierungen der aktuellen Förderrichtlinie vom 20.11.2012 stehen derzeit im Raum und inwiefern werden Akteure wie die Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Bayern sowie die verschiedenen Träger der JaS in Bayern im oben genannten Prozess der Weiterentwicklung miteinbezogen?

Markus Ganserer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit kann sie sich vorstellen, dass Vergabeverfahren der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mbH (BEG) im SPNV um Optionen hinsichtlich innovativer Angebote im Vor- und Nachlauf des SPNV ergänzt werden, damit die Angebote der Wettbewerber unterscheidbarer werden und Wettbewerber kreativer bzw. unternehmerischer tätig werden können, inwieweit sind aus Sicht der Staatsregierung SPNV und allgemeiner ÖPNV, Radverkehr und alternative Bedienformen besser verknüpfbar, welcher zusätzlicher Anreize bedarf es dazu für Aufgabenträger, Kommunen und Verkehrsunternehmen?

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
(SPD)

Nachdem die Bayerische Polizei derzeit einen deutlichen Stellenaufwuchs erfährt, frage ich die Staatsregierung, wie gestaltet sich im Zuge der erhöhten Einstellungszahlen (EEZ) das Personalkonzept für die Kriminalpolizei in Bayern, wie viele Absolventinnen und Absolventen gehen in Bayern direkt nach der Ausbildung zur Kriminalpolizei und wie ist die Altersstruktur bei den Kriminalpolizeiinspektionen und den Dezernaten?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stunden werden den Schulen jeweils für die Projekte „Bilinguale Grundschule“, „Inklusion in besonderen Klassen“ und „Flexible Grundschule“ zugeteilt, erfahren Schulen, die zwei oder drei dieser Projekte parallel anbieten, eine Reduzierung bzw. „Verrechnung“ dieser Stunden, und ist vorgesehen, dass das Angebot eines oder mehrerer dieser drei Projekte zu einer Klassenmehrung führen kann?

Eva Gottstein
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen Tagen seit dem 01.01.2018 war die Abschiebehaftanstalt Eichstätt überbelegt (jeweils Anzahl der Personen), an welchen Tagen musste die Polizei deshalb Unterstützung leisten (Stundenaufwand) und an welchen Tagen bestand Handlungsbedarf wegen Suizidgefahr?

Martin Güll
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Mittel waren in den Staatshaushalten der letzten drei Jahre für Schulfahrten (Ausflüge, Skilager etc.) eingestellt, für welche Zwecke wurden diese Mittel hauptsächlich verwandt und wurden die Mittel vollständig ausgeschöpft (bitte nach Schularten, Regierungsbezirken und Landkreisen und kreisfreien Städten getrennt ausweisen)?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Abschiebungen gab es nach ihrer Kenntnis deutschlandweit in den Jahren seit 2015 im Bundesländervergleich (bitte in Jahren und nach Bundesländern aufschlüsseln), wie erklärt die Staatsregierung, dass in Bayern geringere Rückführungsquoten existieren als bspw. im grüngeführten Bundesland Baden-Württemberg und wann beginnen die von Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigten „bayerischen“ Rückführungsflüge mittels vom Freistaat Bayern organisierte Charterflieger?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele staatliche Grundstücke (bitte in Stückzahl und Gesamthektar angeben) in den letzten zehn Jahren höchstbietend verkauft oder per Erbpacht vergeben wurden und für wie viele staatliche Grundstücke (bitte in Stückzahl und Gesamthektar angeben) ehemalige Erbpachtverträge ausliefen und nicht verlängert wurden?

Johann Häusler
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ist es richtig, dass in Bayern ein verschärftes Gesetz für Wasserschutzgebiete vorbereitet wird, welches nach den Landtagswahlen gelesen und dann verabschiedet werden soll und wenn ja, wie sieht diese Verschärfung aus (bitte auch Inhalte nennen)?

Dr. Leopold Herz
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist die personelle Ausstattung der Polizeidienststellen im Allgäu – Oberallgäu, Unterallgäu, Ost-

allgäu, Landkreis Lindau, Westallgäu und Stadt Kempten – (bitte alle Polizeidienststellen im Allgäu einzeln auflisten nach den jeweiligen Dienststellen und Soll- und Ist-Stärke-Vergleich – auch Bayerische Grenzpolizei und Fahndung), wie viele Überstunden gibt es in der jeweiligen Dienststelle im Jahr 2017 und bis zum 30.05.2018 und sind Aufstockungen geplant (bitte auflisten nach Dienststellen)?

Christine Kamm
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, möchte sie von der auf Bundesebene beschlossenen Linie (hartnäckige Identitätsverweigerer, Straftäter und Gefährder seien nach Afghanistan abzuschieben) abweichen und somit auch Integrierte und unbescholtene Einzelpersonen sowie Familien, Kinder, ältere Menschen und Kranke nach Afghanistan im Rahmen einer bayerischen Sammelabschiebung oder bundesweiten Sammelabschiebung nach Afghanistan abschieben (bitte die gesetzliche Grundlage für die Ungültigmachung von Duldungen afghanischen Staatangehörigen benennen und eine mögliche Verordnung oder Innenministerielles Schreiben der Antwort anhängen), welche Beschlüssen wurden bezüglich der Abschiebungen von afghanischen und irakischen Staatsangehörigen bei der Innenminister- und Innensenatorenkonferenz beschlossen und wie wird nach Kenntnis der Staatsregierung das im Februar 2018 in Kraft getretene Rücknahmeabkommen zwischen der Europäischen Union und der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien konkret umgesetzt (bitte die Bedingungen der Äthiopischen Regierung bei der Beschaffung von Pass(ersatz)papieren und Rücknahme äthiopischer Staatsangehörigen benennen und nach Beantragung der Pass(ersatz)papiere durch die betroffene Person sowie Beantragung durch die jeweiligen Behörden und nach monatlichen Kontingenten und Voraussetzungen einer Rücknahme aufschlüsseln)?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist es zutreffend, dass an den Schulen Waidhaus und Eslarn mit Beginn des Schuljahres 2018/2019 die Schulleiterstellen nicht mehr besetzt werden, sondern in Mitführung einer anderen Schulleitung zugewiesen werden?

Günther Knoblauch
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Grenzübergänge gibt es in Bayern (bitte mit Namen benennen), an welchen davon sollen künftig Grenzkontrollen zur Abweisung von Flüchtlingen stattfinden und woher wird in der Kürze der Zeit – also innerhalb von zwei Wochen – das entsprechende Personal zur Durchführung der Kontrollen kommen (bitte mit Zahlen benennen)?

Ulrich Leiner
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Betten (pro Tag) konnten im vergangenen Jahr (01.06.2017 bis 31.05.2018) in den Universitätskliniken der Technischen Universität München und der Ludwig-Maximilians-Universität München nicht belegt werden, weil Stellen nicht besetzt waren oder der Krankenstand beim Personal zu hoch war (bitte um Auflistung nach Klinik und Station)?

Andreas Lotte
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Gründe führt sie dafür an, dass – wie Studien (z. B. das Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung – IAB) wiederholt zeigen –

nicht alle Beschäftigten gleichermaßen von Weiterbildungsangeboten profitieren und dass insbesondere Geringqualifizierte bzw. Beschäftigte in einfachen Tätigkeiten sowie ältere Beschäftigte über 50 Jahre viel seltener an Weiterbildungen teilnehmen, und was plant die Staatsregierung, um dies zu ändern?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, entspricht es den Tatsachen, dass die Regierung der Oberpfalz eine aktuelle Straßenbaumaßnahme in der im Ortsteil Matting der Gemeinde Pentling (Landkreis Regensburg) gelegenen und auf Tempo 30 reduzierten Wolfgangstraße nur dann für förderfähig hält, wenn nach dem Ausbau eine Geschwindigkeit von 50 km/h möglich sein muss, wenn ja, auf welcher Grundlage wurde diese Entscheidung getroffen und hält es die Staatsregierung für sinnvoll, eine solche Vorgabe zu machen?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie gestalten sich die aktuellen Zahlen zur Soll-, Ist- und zur verfügbaren Personalstärke in der Polizeistation Mällersdorf-Pfaffenberg zum 01.06.2018, wie hoch ist die aktuelle Überstundenzahl und wie viele Beamtinnen und Beamte bekommt die Polizeistation Mällersdorf-Pfaffenberg bei den kommenden Personalzuteilungen spätestens im September 2018 zugewiesen?

Alexander Muthmann
(fraktionslos)

Nachdem laut Pressemeldung der „Passauer Neue Presse“ vom 18.06.2018 der Staatssekretär für Wohnen, Bau und Verkehr, Josef Zellmeier, bei einem Ortstermin in Waldkirchen die derzeitigen Pläne für einen Umbau der sog. Monstere Kreuzung (St 2131 und St 2632 sowie andere Straßen) einschließlich dem Bau einer zusätzlichen Brücke erläutert hat, frage ich die Staatsregierung, welche Kosten durch bisherige Baumaßnahmen, einschließlich Nachbesserungen, an dieser Kreuzung durch Errichtung des derzeitigen Knotenpunkts entstanden sind (bitte möglichst trennscharf nach Einzelmaßnahmen aufgliedern), wie hoch die Kosten für die nun bestehenden Pläne des Umbaus der Kreuzung geschätzt werden und welche konkreten Gründe aus Sicht der Staatsregierung die Variante eines großen Kreisverkehrs an dieser Stelle ausschließen?

Thomas Mütze
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Da nach meinen Kenntnissen der Staatsregierung ein Angebot zu einem Flächentausch vorliegt, bei dem eine ca. 68 ha große Fläche staatlichen Ackerlands mit den Flurnummern 131/11, 131/12, 131/14, 131/21 und 131/22 (Gemarkung Parsdorf) gegen Flächen mit den Flurnummern 440/2 und 426/1 getauscht werden soll und auf der derzeitigen staatlichen Ackerfläche dann ein Industriegebiet geplant ist, was zu einem Flächenfraß führen würde, gegen den die Staatsregierung nun auch vorgehen möchte, frage ich die Staatsregierung, ob überprüft wurde, dass die Wertigkeit der Tauschflächen gleich ist, was sie zur Minimierung des Flächenverbrauchs in dieser Angelegenheit zu unternehmen gedenkt und warum ausgerechnet die Staatsregierung die Zersiedelung der Landschaft durch nicht angebundene Gewerbegebiete unterstützt?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob die staatlich bereitgestellte Personalstelle des „Netzwerks Hochschule und Nachhaltigkeit Bayern“ wie in der Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst vom 31.01.2018 angekündigt, bereits besetzt wurde, welche Punkte aus dem nationalen Aktionsplan „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in Bayern bereits umgesetzt wurden und welche Rolle Nachhaltigkeit in den anstehenden Verhandlungen für die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen spielen soll?

Kathi Petersen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Partnerschaften zwischen bayerischen und afrikanischen Kommunen bestehen derzeit, wie werden diese von Seiten der Staatsregierung bisher unterstützt und welche Pläne einer zukünftigen Förderung gibt es?

Hans-Ulrich Pfaffmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Möglichkeiten haben die Behörden, das Veranstanen von privaten und öffentlichen Feuerwerken zu steuern, welche Verordnungen gibt es hierzu und wie sind die Zuständigkeiten bei Kontrolle, Vollzug und möglicher Sanktionierung von Nichtbeachtung dieser Verordnungen?

Dr. Christoph Rabenstein
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie lauten die 63 Punkte des sogenannten Masterplans Migration des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, im konkreten Wortlaut, die die Staatsregierung in öffentlichen Stellungnahmen mehrfach begrüßt und unterstützt hat, wann im Konkreten hat der Bundesinnenminister Horst Seehofer dem bayerischen Kabinett den 63-Punkte-Masterplan zugänglich gemacht (bitte mit Datumsangabe) und wie erklärt sich der Widerspruch, dass zuletzt bayerische Regierungsmitglieder mehrfach die 63 Punkte begrüßten und auf Nachfrage einräumten, dass sie die 63 Punkte im Einzelnen gar nicht kennen?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Hintergrund hat der in der Kindertagespflege zu erbringende Nachweis einer eindeutigen Zuordnung jedes Tagespflegekindes zu einer Tagespflegeperson, welche praktischen Auswirkungen hat dies im Hinblick auf die Großtagespflege, bei der sich bis zu drei Tagespflegepersonen zusammenschließen können, und wie gedenkt die Staatsregierung auf möglicherweise entstehende Probleme zu reagieren (zum Beispiel in Bezug darauf, dass sich die Anwesenheit der Bezugspersonen nicht zu 100 Prozent mit der Anwesenheit der Kinder deckt)?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum werden die S-Bahnhöfe Gronsdorf, Neuperlach-Süd und St.-Martin-Straße bis heute nicht videoüberwacht, plant die Staatsregierung eine Videoüberwachung der benannten S-Bahnhöfe und bis wann könnte hier eine Videoüberwachung installiert werden?

Bernhard Roos
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Flüchtlinge wurden von der Bayerischen Polizei in den Jahren seit 2015 an den Grenzübergängen Niederndorf/Oberaudorf (Innbrücke) und Niederndorferberg/Sachrang und Kössen/Reit im Winkl aufgegriffen bzw. zurückgewiesen (bitte nach Jahren und Zahlen aufschlüsseln), wie

viele Mannstunden wurden von der Bayerischen Polizei zur Grenzkontrolle/Schleierfahndung in diesem Bereich seitdem jährlich verwendet und wie bewertet die Staatsregierung diese Zahlen?

Georg Rosenthal
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch derzeit die Anzahl und der Anteil der Flüchtlinge mit Bleiberecht in einer Anschlussunterbringung in den Landkreisen Würzburg Stadt, Würzburg Land und Main-Spessart ist, die als auszugsberechtigte Fehlbeleger geführt werden, wie viele Familien sich darunter befinden und welche dezentralen Unterkünfte zu Wohnungen für anerkannte Asylbewerberinnen und -bewerber umgewandelt und auch tatsächlich an diese abgegeben wurden?

Dr. Martin Runge
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Bieter bzw. Bietergemeinschaften haben beim Projekt „2. S-Bahn-Stammstrecke München“ den Zuschlag erhalten für die „VE 30 Rohbauarbeiten Tunnel West mit Trog und Hp Hauptbahnhof“, welche Bieter bzw. Bietergemeinschaften haben den Zuschlag erhalten für die „VE 41 Rohbauarbeiten Haltepunkt Marienhof“ und welche Bieter bzw. Bietergemeinschaften haben den Zuschlag erhalten für die „VE 47 Rohbauarbeiten Tunnel Ost mit Station Ostbahnhof tief“?

Franz Schindler
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass der Landkreis Cham als Aufgabenträger für die Realschule Waldmünchen von den Vorgaben des Schulwegkostenfreiheitsgesetzes (SchKfrG) und der Schülerbeförderungsverordnung (SchBefV), dass eine Beförderungspflicht nur zur nächstgelegenen Schule besteht, abweicht und die Beförderung für Schülerinnen und Schüler aus dem Raum Rötze zur Realschule Waldmünchen übernimmt, obwohl sich die nächstgelegene Realschule in Neunburg vorm Wald befindet und keine Ausnahme gemäß § 2 Abs. 3 oder Abs. 4 SchBefV vorliegt und falls ja, hält die Staatsregierung diese Vorgehensweise und die Heranziehung der Eltern zu den Mehrkosten für die Beförderung zur Realschule Waldmünchen für rechtlich zulässig, insbesondere dann, wenn dadurch die Anmeldungen zur Realschule Neunburg vorm Wald negativ und zur Realschule Waldmünchen positiv beeinflusst werden?

Helga Schmitt-Bussinger
(SPD)

Nachdem der zuständige Referent vom Landesamt für Denkmalpflege Mitte April 2018 die Ausstellung zur Geschichte der Umladehallen am ehemaligen Nürnberger Südbahnhof im Museum Industriekultur in Nürnberg besichtigte und dabei nach eigenen Aussagen zu neuen, interessanten Ergebnissen gekommen war, frage ich die Staatsregierung, ob es nach diesem Besuch zu einer Neubewertung kam und mit welchem Ergebnis, und aus welchen Gründen wurde der Abbruch vorgezogen, nachdem in der ausgehängten Vorankündigung gem. § 2 Baustellenverordnung (BaustellV) des Gewerbeaufsichtsamts der Regierung von Mittelfranken als Beginn der Abbrucharbeiten der 13.07.2018 angegeben wurde, wogegen bereits einen Monat vorher der Abriss erfolgte?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Fällen wurden dienstrechtliche Beschwerden gegen Schullehrerinnen und Schullehrer wegen angeblicher Verstöße gegen das Neutralitätsgebot zum Nachteil der Partei Alternative für Deutschland (AfD) eingereicht, welche Sachverhalte liegen den dienstrechtlichen Verfahren zu Grunde (kurze anonymisierte Sachverhaltsangabe) und welche Entscheidungen hat die Staatsregierung in den dienstrechtlichen Verfahren getroffen?

Stefan Schuster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Flüchtlinge wurden von der Bayerischen Polizei bzw. Bundespolizei (falls bekannt) in den Jahren seit 2015 an den Grenzübergängen Hanging/Wegscheid und Schärding/Neuhaus am Inn und St. Leonhard/Marktschellenberg aufgegriffen bzw. zurückgewiesen (bitte nach Jahren und Zahlen aufschlüsseln), wie viele Mannstunden wurden von der Bayerischen Polizei zur Grenzkontrolle bzw. Schleierfahndung in diesem Bereich seitdem jährlich verwendet und wie bewertet die Staatsregierung diese Zahlen?

Kathrin Sonnenholzner
(SPD)

Nachdem die CSU-Stadtratsfraktion München am 01.06.2018 den Antrag auf einen „Drogenkonsumraum in München als Modellprojekt“ gestellt hat, frage ich in diesem Zusammenhang die Staatsregierung, wann sie dieses Projekt durch Erlass der entsprechenden Verordnung zur Ermächtigung der Landeshauptstadt München ermöglichen wird?

Diana Stachowitz
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist in Bayern aktuell in absoluten und relativen Zahlen die Armutsgefährdung der über 65-Jährigen (bitte aufgegliedert nach Regierungsbezirken), wie hoch ist sie jeweils bei Frauen und Männern in dieser Altersgruppe und wie haben sich diese Zahlen (über 65-jährige Personen insgesamt und bei Frauen bzw. Männern) in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?

Claudia Stamm
(fraktionslos)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchem Grund (im Sinne des Polizeiaufgabengesetzes) wurden die Geflüchteten bei dem Polizeieinsatz in der Erstaufnahmeeinrichtung in Schweinfurt in Präventivgewahrsam genommen, weshalb wird gegen diese im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz ermittelt und werden sie durch einen Rechtsanwalt vertreten (bitte Nennung der Namen)?

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Grundwasserkörper, die vom Landesamt für Umwelt (LfU) bei der Risikoanalyse Nitrat mit dem Etikett „Zielerreichung bis 2021 unwahrscheinlich“ versehen wurden, sind nicht als sog. rote Gebiete ausgewiesen worden und welche Gründe gibt es dafür jeweils?

Florian Streibl
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen haben die Staatsregierung bzw. die zuständigen Staatsministerien und nachgeordneten Behörden bzw. Unternehmen (z. B. Staatsforsten, Wasserwirtschaftsamt) seit dem Pfingsthochwasser 1999 in den einzelnen Jahren ergriffen, um die Hochwasserproblematik im Bereich des Ferenbachs (Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen) in den Griff zu bekommen (u. a. durch Absicherung des Ufers, Entnahme von Wildholz)?

Reinhold Strobl
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass die Agrarministerkonferenz am 27.04.2018 in Münster den Tierschutz beim Transport in Drittländer zum Inhalt hatte und im Rahmen dessen die Rechtsgrundlage zum Tierschutz beim Transport von Zuchttieren – Verordnung (EG) Nr. 1/2005 – hinsichtlich weiterer Versorgungsstationen, Vermeidung von unnötig langen Wartezeiten, Versorgung der Tiere im Notfall, Gewährleistung der Ruhezeiten, usw. geändert werden soll, frage ich die Staatsregierung, wie viele Zuchttiertransporte im Jahr 2017 aus Bayern mit wie vielen Tieren (bitte auch Zielländer, EU-Länder und Drittländer angeben) stattgefunden haben und ob die Staatsregierung Kenntnis darüber hat, wie sich die Zuchtpopulationen in den importierenden Ländern in den letzten fünf Jahren entwickelte?

Dr. Simone Strohmayer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kommunen gibt es in Bayern, in denen eine Baumaßnahme vor dem 01.01.2018 abgerechnet (d. h. Bescheide im Rahmen der Straßenausbaubeitragsverordnung an die Anlieger verschickt wurden) wurde und die Maßnahme aber zum Stichtag 01.01.2018 noch nicht abgeschlossen war?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH, Urt. v. 19.06.2018, Az. C-181/16) die Rechte Schutzsuchender gestärkt und u. a. festgestellt hat, dass eine abgelehnte Asylbewerberin bzw. ein abgelehnter Asylbewerber nicht abgeschoben werden darf, bis ein Gericht final über ihren bzw. seinen Widerspruch entschieden hat, frage ich die Staatsregierung, wie sie weiter mit abgelehnten Asylbewerberinnen und -bewerbern verfahren wird, die Rechtsmittel gegen ihre Abschiebeanordnung eingelegt haben, wie zukünftig Ausreisefristen geregelt werden und wie sie unter Achtung der Grundrechte und der Würde der abgelehnten Asylbewerberinnen und -bewerber Abschiebehaft während laufender Verfahren zukünftig vermeidet?

Arif Tasdelen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie im Konkreten definiert Ministerpräsident Dr. Markus Söder die von ihm gewählten Begriffe „Asyltourismus“ und „Belehrungsdemokratie“ und wie im Konkreten definiert die Staatsregierung den von Kabinettsmitgliedern mehrfach verwendeten Begriff der „Anti-Abschiebe-Industrie“?

Dr. Karl Vetter
(FREIE WÄHLER)

Hinsichtlich der Übergabe seines Prinzregent-Luitpold-Faschingskostüms von Ministerpräsident Dr. Markus Söder an das Haus der Bayerischen Geschichte frage ich die Staatsregierung, welchen Wert der Ministerpräsident Dr. Markus Söder dem Kostüm für das Haus der Bayerischen Geschichte beimisst, welchen Authentizitätsgrad das Kostüm aufweist und ob eine dauerhafte öffentliche Einbettung des Kostüms in eine Ausstellung angedacht ist?

Ruth Waldmann
(SPD)

Nachdem die Durchführung der Modellvorhaben nach § 123 Sozialgesetzbuch (SGB) Elftes Buch (XI) eine landesrechtliche Vorschrift voraussetzt, in welcher die Anforderungen an die Beratungsstellen und die Anträge definiert werden, frage ich die

Staatsregierung, ob sie die Durchführung von Modellvorhaben zur kommunalen Beratung von Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen ermöglichen wird und wenn ja, wann mit der entsprechenden Vorschrift zu rechnen ist und welche Anforderungen an die Beratungsstellen und die Anträge der Staatsregierung nach derzeitigem Bearbeitungsstand zur Durchführung der Modellvorhaben wichtig sind?

Angelika Weikert
(SPD)

Bezugnehmend auf den Kabinettsbeschluss, im Rahmen des bayerischen Asylplans eine Taskforce zur Beschleunigung der Ausreise randalierender Asylbewerberinnen und -bewerber einzurichten, frage ich die Staatsregierung, wie sich diese Taskforce zusammensetzt, welche Aufgaben sie erhält und inwiefern diese über die aktuell durch Polizei, Justiz und Verwaltung wahrgenommenen Befugnisse hinausgehen?

Dr. Paul Wengert
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Bestand an gebundenen Sozialmietwohnungen gibt es in den kreisfreien Städten Augsburg, Kaufbeuren, Kempten und Memmingen (sowie den Landkreisen Aichach-Friedberg, Augsburg, Dillingen a. d. Donau, Donau-Ries, Günzburg, Lindau (Bodensee), Neu-Ulm, Oberallgäu, Ostallgäu und Unterallgäu), wie viele Bauvorhaben für Sozialmietwohnungen sind dort jeweils in den vergangenen zehn Jahren genehmigt worden und wie ist das Verhältnis Sozialwohnungen zu Einwohnerzahlen?

Johanna Werner-Muggendorfer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Gründe führt sie dafür an, dass die Tarifbindung in Bayern laut einer aktuellen Studie des Deutsche Gewerkschaftsbunds (DGB) Bayern und der Hans-Böckler-Stiftung niedriger ist als in allen anderen westdeutschen Bundesländern sowie dafür, dass die Tarifbindung in Bayern in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich stark gesunken ist, und wie will die Staatsregierung diesem Trend entgegenwirken?

Jutta Widmann
(FREIE WÄHLER)

Nachdem gegen einen 30-jährigen Nigerianer, der am Dienstagmittag im Landratsamt Landshut versucht hatte, auf Polizeibeamte zu schießen, Haftbefehl wegen versuchten Totschlags ergangen ist, frage ich die Staatsregierung, ob dieser sein Asylrecht durch die Tat verwirkt hat und abgeschoben wird oder das Asylrecht weiter seine Gültigkeit behält und er in Deutschland bleiben darf, wie ist die Gesetzeslage und ist die Staatsregierung der Meinung, dass die Gesetzeslage geändert werden muss?

Herbert Woerlein
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, können grundsätzlich auch kreisangehörige Gemeinden bei Veranstaltungen der Jugendarbeit i. S. d. § 11 Sozialgesetzbuch SGB Achtes Buch (VIII) (Art. 1 Abs. 2 Nr. 1 Jugendarbeitsfreistellungsgesetz – JArbFG) oder zur Teilnahme an Tagungen und Veranstaltungen, die der Aus- und Fortbildung für entsprechende Tätigkeiten dienen (Art. 1 Abs. 2 Nr. 2 JArbFG), antragsberechtigt zur Freistellung i. S. v. Art. 1 JArbFG sein, sofern dies ihren örtlichen Bereich betrifft und wie wurden entsprechende Anträge von kreisangehörigen Gemeinden zur Freistellung für Jugendarbeit in der Vergangenheit seit der Gesetzesänderung im Jahr 2017 vom Freistaat Bayern als Arbeitgeber gehandhabt?

Isabell Zacharias
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Einsetzung von Dr. Ludwig Spaenle als „Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe“ der Staatsregierung im Mai 2018 und der damit verbundenen Veränderung seiner vom Freistaat Bayern für seine Tätigkeiten zur Verfügung gestellten Zuwendungen, frage ich die Staatsregierung, wie sich im Detail alle staatlichen Zuwendungen, die Dr. Ludwig Spaenle aufgrund seines Status als Abgeordneter, Beauftragter und Staatsminister a. D. bekommt, zusammensetzen und wie lange ihm noch Übergangsgeld als Staatsminister a. D. gezahlt wird?

Benno Zierer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand der Genehmigung und Umsetzung des Maßnahmenkonzepts, das die Gemeinde Wang (Landkreis Freising) zusammen mit dem Staatlichen Bauamt Freising zur Behebung der Verkehrsprobleme entlang der St 2085 zwischen Moosburg und Mauern erarbeitet hat und das unter anderem den Lückenschluss der Radwegeverbindung (Abschnitt Thalbach – Zieglberg) entlang der Strecke sowie eine Verbreiterung der Staatsstraße und den Bau eines Kreisverkehrs mit Anbindung der Kreisstraße FS 44 und der St 2045 vorsieht?